

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1.-
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Bürostellen-Anzeigen die
gehaltene Kolonel-Beile
60,-
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von W. Brey.
Druck von C. A. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 8002.

Menschenvernichtung — Menschen- erhaltung.

II.

3. Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge.

Im ersten Artikel haben wir die Motivation dargestellt einer planmäßigen Kinderfürsorge dargestellt. Heute soll kurz ausgezeigt werden, was zunächst in dieser Richtung geschehen muß.

Beginnen muß der Kinderschutz mit einer ausreichenden Fürsorge für die Schwangeren. So mancher Lebensklima geht heute zugrunde oder wird in seiner Entwicklung beeinträchtigt dadurch, daß die Schwangere materiell Not leidet oder bei schwerer, oft noch gesundheitsschädlicher Arbeit stehen muß, ohne Rücksicht auf das werdende, wachsende Kind unter ihrem Herzen. Die Unterstützung der Krankenkassen beginnt zu spät und ist unzureichend. Hilfe, die wirksam sein soll, muß Monate — nicht Wochen — vor der Entbindung einsetzen. Vor allem muß der Schwangeren eine ausreichende und kräftige Ernährung sichergestellt werden. Ferner muß sie von allen körperlich schweren und der Gesundheit unzuträglichen Arbeiten ferngehalten werden. Es darf nicht sein, daß schwangere Mädchen und Frauen bis kurz vor ihrer schweren Stunde Lasten schleppen, Karren schieben oder gar in gesundheitsgefährlichen Betrieben sich und die Frucht ihres Leibes vergiften.

Die Wöchnerinnen bedürfen nicht minder der weitestgehenden Fürsorge. Die Hilfe der Krankenkassen, so wertvoll sie ist, genügt auch für sie keineswegs. Vor allem deshalb nicht, weil sie nur der noch kranken Wöchnerin, nicht aber der stillenden Mutter gilt. Es ist heute ganz allgemein bekannt, daß das gestillte Kind gesunder, kräftiger, kurz lebensfähiger ist als das mit der Flasche aufgezogene.

Daraus muß die Folgerung gezogen werden, daß nicht nur die Mutter, sondern die staatliche Gemeinschaft, das Reich, dafür sorgen muß, daß möglichst vielen Kindern die natürliche Ernährung gesichert wird. Das geschieht nicht, wenn die junge Mutter nach einigen Wochen, für die sie Rentenunterstützung erhält, wieder in die Fabrik, an die Maschine muß. Es ist bezeichnend und bedauerlich, aber nur eine Folge der machenden Industrialisierung unsres Erwerbslebens und der steigenden Mitarbeit der Frauen, daß die Zahl der gestillten Kinder (im Verhältnis zur Zahl der aufgezogenen) dauernd abnimmt. Im Jahre 1895 wurden in Berlin 432, im Jahre 1905 nur noch 313 vom Tausend aller Kinder gestillt. Es wird in den letzten Jahren sehr viel getan, um die Mutter von dem Wert des Stillens für das Gedächtnis der Kinder zu überzeugen, aber es geschieht wenig, um allen stillsamen Müttern nun auch das Stillen zu ermöglichen.

Die Aufklärung hilft aber gar nicht, wenn die Armut die junge Mutter in die Fron treibt, sie von ihrem Kinde trennt und ihre jede Möglichkeit raubt, ihren Mutterpflichten zu genügen. Wer die Säuglinge schützen will, muß die Mütter schützen, wer den Kindern ihre natürliche Nahrungsquelle erhalten will, muß zunächst dafür sorgen, daß diese Quelle fließen kann.

Nach diesem Krieger wird voraussichtlich die Zahl der arbeitenden Frauen und Mädchen höher sein als vorher.

Während des Krieges sind Hunderte von eingezogenen Männern durch weibliche Arbeitskräfte ersetzt worden. Sehr viele Frauen, die früher ihrer Familie lebten, hat der Krieg in die Erwerbstätigkeit gezwungen. Manche von ihnen werden, wenn der Krieg zu Ende ist, die Erwerbstätigkeit aufgeben, andre werden sie behalten wollen und behalten müssen. Entweder weil der Krieg die soziale Lage der Familie verschlechtert hat oder weil der Mann und Ernährer gefallen oder erwerbsunfähig geworden ist. Wieder andre wird das Unernehmertum an die Fabrik zu treten suchen, weil die Frau sich während des Krieges als anständige, fleißige und willige Arbeitskraft erwiesen hat. Damit schwillt das seither schon ungemein wichtige Problem der Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge zu geradezu unabsehbarer Bedeutung an. Es wird so wichtig, daß der Staat schon im Interesse seiner Selbstverhaltung eine Lösung versuchen muß.

Die Hauptschwierigkeit wird die Kostenfrage sein. Ohne Zweifel sind die Ausgaben, die einezureichende Fürsorge für die Schwangeren und Wöchnerinnen erfordert, sehr hoch, aber unerschwinglich sind sie nicht. Deutschland hat jährlich rund 2 Millionen Geburten. Rechnen wir damit, daß davon 1½ Millionen der staatlichen Fürsorge bedürfen und daß diese Fürsorge für jeden einzelnen Jahr 100 Mk. beträgt, so wären jährlich 150 Millionen Mark dafür erforderlich. Das ist gewiß an sich eine hohe Summe, aber ein Reich, das jetzt jeden Tag etwa 75 Millionen Mark für die Menschenvernichtung aufbringt, darf vor einer Kriegsausgabe von 150 Millionen nicht zurücktreten, wenn diese Ausgabe der Menschenhaltung dien.

4. Säuglingsfürsorge und Kinderschutz.

Der Wöchnerinnenfürsorge muß die Säuglingsfürsorge folgen. Junge Mütter müssen beraten, kranke Säuglinge versorgt, Flaschenkindern muß einfache Milch gesichert werden. Das Kleinkind- und Halstekindwochen ist härter zu bearbeiten, die Ausbeutung unerfahrenster Mütter strenger zu bestrafen. Erkrankte Säuglinge ist unentgeltliche ärztliche Behandlung oder Unterbringung in staatlichen Kliniken sicherzustellen. Solche Maßnahmen werden weniger die Finanzen als die Verwaltungsgänge des Staates belasten, aber trotzdem gute Früchte tragen.

Die Fürsorge für die vorzeitig geborenen Kinder liegt heute noch sehr im argen. In Zukunft wird ihr schon deshalb mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden müssen, weil die Zahl der ohne elterliche Aufsicht heranwachsenden Kinder größer wird. Hier können die Städte und Gemeinden viel tun durch Einrichtung gut geleiter Kinderhorten. Was heute vorhanden ist, läßt meist alles zu wünschen übrig. Selbst große und reiche Städte überlassen die Fürsorge für die unbeaufsichtigten Kinder privaten Vereinigungen oder erledigen sie in einer Weise, die mehr Protest als Zustimmung auslösen muß. Wenn in irgendeiner finsternen, abgelegenen Gasse irgendwo ein Gebäude in eine „Kleinerbeerbaranstalt“ umgewandelt wird — wir haben hier konkrete Fälle im Auge —, so heißt das von vornherein die Dinge beim verkehrten Ende anpacken. Kinderhorste müssen sonnig, lustig, freigelegen sein. Allerdings auch so, daß sie von den Müttern, die ihre Lieblinge dort unterbringen wollen oder müssen, ohne sonderliche Beschwerde erreicht werden können. Sie müssen serner in ihrer ganzen Einrichtung, in ihrem Aufbau und in ihrer inneren Organisation auf ihren Zweck zugeschnitten sein. Die immer beliebte Frömmigkeit, die Stoffdisziplin, die Demut predigende Tugendhaftigkeit müssen ferngehalten werden. Die Anstalten müssen so aufgebaut, ausgestaltet und geleitet werden, daß die Kinder sich freuen, ja stolz darauf sind, hingehen zu dürfen, und die Mütter gern und beruhigt ihre Kinder ihnen anvertrauen. Nicht wie heute, wo die Mütter und die Kinder meist die mangelfaule Privatpflege der „Kinderherberge“ noch vorziehen. Heute zeigt man in der Stadt dem Fremden noch das prunkvolle Rathaus oder ein massiges Denkmal als erste Gehenswürdigkeit — wenn man erst einmal mit Stolz die Kinderheime zeigen wird, dürfen wir uns eines gewaltigen Fortschritts freuen.

Die frühzeitig geborenen Kinder bedürfen gleichfalls einer besseren, weiterreichenden staatlichen Fürsorge. Schon durch Bereitstellung geeigneter Spielplätze und tüchtiger Spielleiter könnte manches verbessert werden. Noch mehr durch Errichtung staatlicher Anstalten, in denen die Kinder, denen die elterliche Aufsicht fehlt oder bei denen sie nicht genügt, sich sammeln können zu Spiel und Tätigkeit. Kinderleschallen und Jugendwerkstätten ließen sich ohne allzu erhebliche Auswendungen einrichten und erhalten.

Nicht nur der Kinderschutz, sondern auch unser Jugend ist verbessерungsbedürftig. Uns fehlt eine planmäßige Berufsberatung, ein ausreichender Schutz gegen die Ausbeutung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter. Die „körperliche Erziehung“ der Jugend, von der in den letzten Jahren recht viel geredet und geschrieben wurde, bestand vielsach in einfacher Förderung des Sports und der Vorübungen für den Militärdienst. Die Versuche der organisierten Arbeiterschaft, in eigenen Organisationen die Arbeitjugend körperlich und geistig heranzubilden, wurden nicht gefördert, sondern heftig bekämpft. Die Turnhallen wurden ihnen verschlossen, ihre Vereinigungen wurden verboten. Heute scheinen manche Gegner der Arbeitjugendbewegung einzusehen, daß man bei diesem Kampf wieder einmal nur die Fenster im eigenen Hause eingeschlagen hat. Vielleicht darf man daran gute Hoffnungen für die Zukunft knüpfen.

Eine umfassende Politik der Menschenerhaltung darf bei den Kindern und Jugendlichen nicht fehlen. Sie muß überall eingreifen, wo Volkskraft geschwächt werden kann. Darüber noch einiges in einem dritten Artikel.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1914.

II.

Die Mitgliederbewegung

war schon in der ersten Hälfte des Jahres 1914 wenig erfreulich. Während im Jahre 1912 von Quartal zu Quartal sich eine Aufwärtsbewegung des Mitgliederbestandes zeigte, die auch bis Mitte des Jahres 1913 anhielt, trat in den letzten beiden Quartalen 1913 und in dem ersten Quartal 1914 ein Mitgliederabzug ein. Die Zentralverbände hatten Mitglieder:

am Schlüsse des	1912	1913	1914
1. Quartals	2470407	2567692	2478561
2. Quartals	2533715	2576608	2182016
3. Quartals	2573624	2547293	1677494
4. Quartals	2559781	2488633	1488428

Nach dem zweiten Quartal 1914 begann der Mitgliederbestand zu wachsen. Nach Ausbruch des Weltkrieges vertilgte sich die Mitgliederzahl um, nahezu die Hälfte und ging im letzten Quartal des Jahres 1914 um weitere 200 000 zurück. Der Verlust von 996 600 Mitgliedern ist nicht allein auf die Einführung der Wehrpflicht zurückzuführen, denn diese werden bis zum Jahresende mit 746 551 angegeben. Es mag unter den Mitgliedern, die der Organisation nach Kriegsausbruch verloren gingen, noch eine beträchtliche Anzahl geben, die sich bei dem Eintritt in das Heer bei der Organisation nicht abgemeldet haben. Doch ist sicher ein Mitgliederverlust zu verzeichnen, für den diese Annahme möglicher ist. Hierzu kommen andre Umstände für das Ausscheiden aus der Organisation in Frage. Der Schluß zahlreicher Betriebe nach Kriegsausbruch, die dann folgende wochenlange Arbeitslosigkeit, ungenügendes Verbrauen zum Verhandeln mag manche nicht völlig mit der Organisation verbundene zum Absatz veranlaßt haben. Dazu kommt, daß einige Grenzbezirke

Deutschlands von den Truppen der feindlichen Mächte besetzt wurden. Daß hier die Organisation vernichtet ist und, da diese Gebiete zum Teil die Operationsbasis für die Kämpfe bildeten und noch bilden, nicht wieder aufgebaut werden konnte, ist selbstverständlich. Die Zentralverbände hatten Ende 1913 insgesamt 11 707 Zweigvereine, am Schluß des Jahres 1914 deren aber nur 10 980. Es waren 727 Zweigvereine eingegangen. Mit ihrem Verlust war auch der der ihnen angehörenden Mitglieder eingetreten, auch jener Mitglieder, die nicht zum Heeresdienst einberufen wurden. In andern, nicht in den Grenzbezirken gelegenen Orten mögen lokale Verhältnisse dahin gewirkt haben, daß Gewerkschaftsmitglieder dem Verbande entzogen lehrten. Immerhin ist, wenn man alle in Betracht kommenden Umstände berücksichtigt, der Mitgliederverlust nicht so bedeutend, als bei Kriegsausbruch zu befürchten war.

Besonders unerfreulich ist es, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder um rund 20 000 zurückgegangen ist. Seit Kriegsausbruch ist mit jedem Monat die Zahl der Arbeiterinnen, die in Industrie, Handel und Verkehr Beschäftigung fanden, gewachsen. Folgerichtig hätte auch die Zahl der weiblichen Mitglieder wachsen müssen. Statt dessen ist sie dauernd und erheblich — von 223 676 auf 203 648 — gesunken. Für diesen Rückgang gelten zunächst die gleichen Gründe, die für den Rückgang der männlichen Mitglieder in Frage kommen, soweit er nicht durch Einberufung zum Heer eingetreten ist. Doch dürfen hier noch besondere Gründe in Betracht zu ziehen sein. Wenn nach Wiedereröffnung der Betriebe, nachdem die erste Panik, die der Kriegsausbruch brachte, überwunden war, betriebsfreudige Arbeiterinnen in Arbeit traten, so fanden sie vielfach nicht die Betriebsleute der Gewerkschaften vor, die sie zur Organisation herangezogen hätten. Diese standen zum Teil im Felde. Vielleicht auch hat die in den meisten Organisationen nach Kriegsausbruch erfolgte Aufhebung der Krankenunterstützung bei den Arbeiterinnen das Interesse für die Organisation verringert. Es kommen mancherlei Ursachen für die auffällige Erscheinung der Verringerung der Zahl der weiblichen Mitglieder in Frage, die sich kaum im einzelnen werden nachprüfen lassen.

Dieser Rückgang darf uns jedoch keinesfalls mißmutig machen. Im Gegenteil; die gelehrte Erwerbstätigkeit, das Eindringen der Frauen in Berufe, die ihnen bisher verschlossen waren, muß die Anstrengung, die Arbeiterinnen zu organisieren, verstärken. Die Erwerbstätigkeit der Frau hört auf nachteilig auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutwirken, wenn die Arbeiterinnen organisiert sind. Diese nicht als Konkurrenten zu betrachten, sondern sie als Mitarbeiterinnen und Kolleginnen in die Gewerkschaften hineinzuziehen, ist gegenwärtig und in der nächsten Zeit eine wichtige Aufgabe, wichtiger, als sie je zuvor war.

Die Finanzen der Zentralverbände sind, wie nicht anders zu erwarten war, durch den großen Mitgliederverlust im zweiten Halbjahr ungünstig beeinflußt worden. Im ersten Halbjahr betrug die Einnahme an Beiträgen 37 717 301 Mk. oder pro Kopf der Mitglieder 15,18 Mk., im zweiten Halbjahr jedoch nur 27 519 395 Mark, pro Kopf der Mitglieder jedoch 16,73 Mk. Die Ausgaben sind ebenso gestiegen wie die Einnahmen gesunken sind. Es wurden z. B. für die Arbeitslosenunterstützung im ersten Halbjahr 7 754 382 Mk., das sind pro Mitglied 3,12 Mk., im zweiten Halbjahr dagegen 15 920 000 Mk., das sind pro Mitglied 9,68 Mk., ausgegeben. Die Ausgabe aller Verbände für das ganze Jahr 1914 beläuft sich auf 79 547 272 Mk., pro Mitglied 38,76 Mk. 1913 wurden dagegen nur 74 904 962 Mk., also 4,6 Millionen Mark weniger verausgabt, und die auf jedes Mitglied entfallende Rate betrug nur 29,39 Mk. In vollem Umfang läßt sich der Einfluß des Krieges auf die Ausgaben der Zentralverbände erst erkennen beim Vergleich der Ausgaben im einzelnen. Die Gegenüberstellung einiger wichtiger Posten gibt darüber einen guten Aufschluß. Es wurden verausgabt

im 1. Halbjahr	im 2. Halbjahr	1914 zusammen
absolut pro Mitgli.	absolut pro Mitgli.	absolut pro Mitgli.
7 754 382	3,12	15 920 096 9,68
8 205 956	3,30	24 30 633 1,48
		10 795 912 5,30
Arbeits-		
Unterstützung in		
Notsäften	367 879	0,14
Streiks, Ausp. . . .	4 004 765	1,81
Verbandsorg. . . .	1 809 262	0,53
Agitation	1 511 974	0,61
		916 232 0,56
		2563 198 1,25

Einigen Verbänden war es leider nicht möglich, auch die aus Notsäften gemachten Ausgaben nach Halbjahren anzugeben; dadurch weisen die Ausgaben für das gesamte Jahr höhere Summen auf, als sie für die beiden Halbjahre zusammen angegeben sind. Da von fast allen Verbänden nach Kriegsausbruch die Krankenunterstützung aufgehoben oder doch stark eingeschränkt wurde, auch die Führung von Streiks unterblieb, so ist bei diesen Posten die Ausgabe im zweiten Halbjahr erheblich geringer als im ersten. Nur für den Monat Juli kamen diese Ausgaben noch in vollem Umfang in Betracht. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung war im zweiten Halbjahr um 8,2 Millionen Mark höher als im ersten. Auch die Unterstützung in Notsäften weist im zweiten Halbjahr eine erhebliche Steigerung auf. Die Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer wurden bis Jahresende 6 475 569 Mark verausgabt. Die gesamte Ausgabe für Unterstützung betrug 1914 54,1 gegen 1913 nur 47,7 Millionen Mark.

Der Vermögensbestand aller Verbände ging von 88 069 295 Mark im Jahre 1913 auf 81 415 535 Mk. zurück. Dieser Ver-

möglichen Rückgang ist verhältnismäßig gering, so doch trotz der großen Anforderungen, die die Kriegszeit an die Zentralverbände stellte, die Finanzlage derselben als günstig bezeichnet werden kann. Sie ist zum guten Teil darauf zurückzuführen, daß im dritten Quartal 1914 das Wirtschaftsleben wieder ins Gleichgewicht kam und damit die Gewerkschaften enorm entlastet wurden. Die günstige Finanzlage hat denn auch die meisten Verbände heranlaßt, die statutarischen Unterstützungsseinrichtungen wieder völlig in Kraft treten zu lassen.

Alles in allem zeigt die Statistik für das Jahr 1914, daß die freien Gewerkschaften die ersten 5 Monate des Weltkrieges besser überstanden haben, als selbst ihre Freunde zu hoffen wagten. Auch die seit dem Abschluß der Erhebung verschossenen Kriegsmonate haben den starken Bau der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht erstickt. Diese Tatsache berechtigt zu der Hoffnung, daß wir auch die noch kommende Kriegszeit überdauern werden und daß unsre jetzt im Felde stehenden Kollegen bei ihrer Rückkehr ihre Organisation stark und leistungsfähig wiederfinden werden.

Bedenkliche Zahlen.

Vom Arbeiterinnen-Sekretariat der Generalkommision wird uns geschrieben: Seit dem Jahre 1899 konnten die Gewerkschaften über ein Ansteigen der Zahl der in den Zentralverbänden organisierten Arbeiterinnen berichten, das nur einmal, im Kriegerjahr 1909, eine Unterbrechung erfuhr. Damals ging die Mitgliederzahl der Frauen um 4555, von 138 443 im Jahresdurchschnitt 1908 auf 133 888 zurück. 1910 war die Zahl der organisierten Arbeiterinnen bereits wieder auf 161 512 angewachsen, und sie stieg auf 223 676 im Jahresdurchschnitt von 1913. Gleichzeitig erhöhte sich auch die prozentuale Anteilnahme der weiblichen Mitglieder an dem gesamten Umsfang der gewerkschaftlichen Organisation. Als 1892 zum erstenmal über die Zahl der organisierten Arbeiterinnen berichtet wurde, machte diese nur 1,8 Prozent der Gesamtmitgliederzahl aus. 1913 betrug der prozentuale Anteil bereits 8,8. Diese Zunahme in verhältnismäßig kurzer Zeit, trotz des Anwachens der Gesamtmitgliederzahl der Gewerkschaften und trotz aller Schwierigkeiten, die der erfolgreichen Werbetätigkeit unter den Arbeiterinnen entgegenstehen, ließ eine erfolgreiche Ausbreitung des Organisationsgedankens auch für die Zukunft mit Sicherheit erhoffen, zumal für das Jahr 1914 eine Besserung des Arbeitsmarktes zu erwarten war. Diese Hoffnung ist verneilt worden. Die wirtschaftliche Krise mit ihrer großen Arbeitslosigkeit hielt auch in den ersten Monaten des Jahres 1914 an und trug nur langsam einer günstigeren Konjektur. Dieser Zustand in Verbindung mit den Schwierigkeiten, die den gewerkschaftlichen Organisationen kurz vor Kriegsausbruch durch die Unterdrückungsmöglichkeiten von Unternehmern und Behörden bereitet wurden, hatten einen Zurückgang der Mitgliederzahl auch im Durchschnitt des ersten Halbjahrs 1914 zur Folge. Der Krieg hat dann vollends der erfolgreichen Tätigkeit der Gewerkschaften zur Vergrößerung des Mitgliederstandes ein Ende bereitet.

Es ist dies verständlich, wenn man an die Wirkungen des Krieges auf das Wirtschaftsleben und auf die Verhältnisse der Arbeiterschaft denkt. Sofort nach der Kriegserklärung stieß nahezu das gesamte Wirtschaftsleben. Die Arbeitslosigkeit stieg um das Fünf- bis Sechsfache der schlimmsten Krisenjahre. Sie trug nur langsam besseren Verhältnissen. Große Arbeitslosigkeit hat aber stets Mitgliederverlust zur Folge gehabt, noch dazu, wenn sie hart in Hand ging mit einer Steigerung der Lebensmittelpreise. Diese trat aber in der Kriegszeit ganz erheblich in Erscheinung, und zwar von Anfang an.

Dazu kam der Mitgliederverlust durch die Einberufung der Männer zum Heeresdienst. Bis zum Jahresende waren rund 750 000 Gewerkschaftsmitglieder als zum Kriegsdienst eingezogen.

Bemerkenswert ist aber, daß sich der Rückgang nicht nur auf die Zahl der männlichen Mitglieder beschränkt, sondern daß während der Kriegszeit auch die Zahl der organisierten Arbeiterinnen ganz erheblich abgenommen hat. Gegenüber dem Stand der Organisation am Schluß des Jahres 1913 verloren die Gewerkschaften im letzten Jahr 36 533 weibliche Mitglieder. Das ist der sechste Teil der 1913 vorhandenen organisierten Arbeiterinnen.

Der Rückgang entfällt zum größten Teil auf das zweite Halbjahr. Die durchschnittliche Mitgliederzahl im ersten Halbjahr betrug 222 788. Sie war gegenüber dem Jahresdurchschnitt von 1914 um 5477 niedriger. Im zweiten Halbjahr verringerte sich die Zahl der organisierten Arbeiterinnen um 24 957. Sie fiel auf 197 831 im Durchschnitt der Mitgliederzahl des zweiten Halbjahrs.

Auf fünf Verbände, die der Bläser, Handlungsgesellen, Lithographen, Tätiler und Landarbeiter, wichen im zweiten Halbjahresdurchschnitt ihrer Mitgliederzahl Zunahmen in der Zahl der weiblichen Mitglieder auf, mit insgesamt 294, wobei auf den Handlungsgesellenverbund allein 220 entfallen. In allen andern Verbänden ist ein Rückgang zu verzeichnen.

In dieser Entwicklung kann nicht ohne vorübergegangen werden. Nun was betrifft die Ursachen dafür zu ergründen. Dieser gibt es eine ganze Reihe. Zunächst muß berücksichtigt werden, daß die Zahlen aus einer Zeit stammen, in der die Stabilität in den Reihen der Arbeiterinnen fast verloren ist. Die Verarmung von Frauen zur Arbeit im großen Umfang erfolgte erst später. Jetzt bestätigt dieser Hinweis nicht das Verhältnis der Mitgliederzahl, weil, wenn auch nicht überall, so doch in denjenigen Verbänden, welche die Arbeitsschicht durch den Krieg als in Friedenszeiten gehoben werden. (Dieser Hinweis bezügt die Zunahme in den folgenden Jahren auf, wenn der weiblichen und männlichen Bevölkerung auf dem Arbeitsmarkt. D. R.)

Der Krieg hat aber von Anfang an in die Reihen der Gewerkschaftsmitglieder Eindruck gemacht und die Zunahmen der Angestellten geprägt, die ihre Zeit und ihre Arbeitsschicht bewußt im Kriege nahmen, daß mit der Agitation nicht viel nützt blieb. Diese wurde ergebnislos durch die Verhinderung des Belagerungsangriffes erheblich erschwert und in einigen Beispielen, z. B. in den betriebsfreien Verbänden, ganzwegiert. Hierzu kommt, daß die Gewerkschaften nach Kriegsbeginn gezwungen waren, die Unterstützungen einzuschränken. Das hat vielfach zur Auswirkung kommt, daß weniger Mitglieder zur Seite standen. Es gibt in den Gewerkschaften natürlich auch Mitglieder, die den Rest der Organi-

sation nur nach ihrer materiellen Leistung beurteilen. Daß solche Mitglieder in den Reihen der Arbeiterinnen besonders zahlreich zu suchen sind, liegt z. T. daran, daß die Bestrebungen, auch Frauen zu organisieren und als gleichwertige Mitglieder anzusehen, noch verhältnismäßig neuere Datums sind. Auch mag die Rücksicht auf die unmittelbaren materiellen Leistungen der Gewerkschaften eine Rolle der niedrigen Verbien und der daraus resultierenden wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Frauen spielen.

Ein weiterer Grund war die starke Finanznotnahme, beschäftigter Frauen durch die Erwerbsarbeit. Sie ließ ihnen keine Zeit für Versammlungsbesuche. Die von einer Anzahl Arbeiterinnen erzielten guten Verdienste geben ebenfalls einen Veranlassung, zu glauben, nun brauchen sie keine Organisation mehr. Gewerkschaftsfunktionäre, die durch ihre Tätigkeit während der Kriegszeit Arbeiterinnen erhebliche Vorteile verschafft hatten, müssen die Erfahrung machen, daß, wenn sie ihnen den Beitritt zur Organisation empfahlen, gesagt wurde: „Für mich hat der Verband keinen Nutzen.“

Eine große Rolle spielt aber auch die seelische Verfassung vieler arbeitenden Frauen und Mädchen, deren Angehörige im Felde stehen. Daß jene jetzt keinen Sinn für Organisation und Versammlungen haben, ist leicht zu verstehen. Viele Frauen haben auch kein Geld, die Beiträge zu zahlen. Ihr Verdienst reicht tatsächlich jetzt kaum zur Deckung des Lebensunterhalts aus. Ist bei solchen Leuten die Werthebung der Organisation nicht stark ausgeprägt, werben sie natürlich zunächst durch Fernbleiben von der Organisation oder durch Austritt zu sparen versuchen. Der schon einmal erwähnte Mangel an Funktionären ist schuld daran, daß nicht genügend ein Auflösungsarbeiten geleistet werden kann. Auch durch die Zeitungen kann dies aus Mangel an genügend Mitteln und aus andern Gründen nicht in ausreichendem Maße gelingen.

Nicht übersehen darf auch werden, daß in Arbeiterkreisen die Meinung stark verbreitet ist und genährt wird, eine andre Haltung der politischen Arbeiterorganisation hätte den Krieg verhindern oder doch längst beenden können. Diese Ansicht findet namentlich in den politisch wenig geschulten weiblichen Angehörigen der Arbeiterschaft einen guten Nährboden. Da zur Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hervorragende Gewerkschaftsführer gehörten, übertragen manche Frauen ihre Meinungswertfreiheit in politischer Beziehung auf die Gewerkschaften und persönlich auf ihre Führer ganz allgemein. Auch aus diesem Grunde wird die erfolgreiche Werbetätigkeit der Gewerkschaften mit beeinträchtigt.

Es wirken also verschiedene Ursachen gemeinsam an dem Rückgang der Zahl weiblicher Gewerkschaftsmitglieder. Ein wichtiger Umstand bleibt dabei die Arbeitslosigkeit, unter der eine ganze Reihe Arbeiterinnen eine Zeitlang litt und auch heute noch oder schon wieder leiden. Dieser Umstand wird in späteren Zeiten deutlich erkennbar werden, wenn Berichte über den Stand der gewerkschaftlichen Organisation in den einzelnen Bezirken vorliegen. Besonders schwer gefrorene Industriezweige erstrecken sich auf territorial begrenzte Gebiete, wie z. B. die Bergbauindustrie der Metallbranche, der Porzellan, die Branche der Seidenweber, Städte usw. In diesen Gegenden muß ein Mitgliederrückgang die Folge des Krieges sein, der nicht schnell auszugleichen werden kann durch Neueintritte in anderen Gegenden, wo die Erwerbszweige infolge Kriegseinsätze stark beschäftigt waren.

Es ist weiter damit zu rechnen, daß die gemachten Angaben nicht ganz die tatsächlichen Verhältnisse wiedergeben. Die überlieferten Funktionäre, die vielfach erst neu auf ihre Posten gestellt worden sind, können sich eben nicht so der Gestaltung des Mitgliederbestandes widmen, wie dies in Friedenszeiten geschehen könnte. Aus betretenen und zerstörten Gebieten, wie beispielweise aus Preußen und aus dem Elsaß seien häufig Angaben gängig. Allerdings mögen auch dort wohl die Organisationen zerstört sein.

Alle Gründe aber vermögen nicht darüber hinwegzutäuschen, daß trotz Zunahme der Frauenerwerbsarbeit die Zahl der organisierten Arbeiterinnen zurückgegangen ist. Das ist ein recht bedeutsames Zeichen. Es zeigt vor allen Dingen, wie schwer Frauen für die gewerkschaftlichen Organisationen zu interessieren sind. Da nach dem Kriege in einer ganzen Reihe von Berufen weibliche Arbeitkräfte weiterbeschäftigt werden — weil sie billiger sind als Männer —, so bedeutet diese Aussicht unter Berücksichtigung der Erfahrungen bezüglich Organisation der Arbeiterinnen eine schwere Gefahr für die Arbeitsbedingungen der gesamten Arbeiterschaft, die bisher erreichten gewerkschaftlichen Erfolge und ihre Tätigkeit in der Zukunft. Dieser muß begegnet werden durch energische Auflösungsarbeit unter den Arbeiterinnen. Das ist nicht erfolglos, wenn die Mitgliederzahlen bis vor Ausbruch des Krieges. Nur schwierig ist die Agitatorarbeit; das darf aber kein Grund sein, sie zu unterlassen.

So weiter die unorganisierte Frauenerwerbsarbeit in die Berufe eintritt, desto weniger Aussicht besteht, der Arbeiterschaft den Auftrag um Ertrag ihre Arbeit zu sichern, der ihnen nach billigem Etappen zu kommen. Da die Zunahme der Frauenerwerbsarbeit eher nicht verhindert werden kann, so bleibt nichts andres übrig, als die Berufe zur Organisation der Arbeiterinnen schon jetzt und besonders nach Wiedereintritt normaler Zustände mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern.

Kriegsfürsorge in Württemberg.

Seit Württemberg sich in letzter Zeit auf dem Höhepunkt der Kriegszeit einige Gewerkschaftsvereine gründete, um Arbeiter, die sich mit der Errichtung der Regierungskanzlei durch die Beamtenförderung des Kantons und der daraus geschaffenen Ressorts für die Arbeiterschaft beschäftigte, waren Grundlage für eine allgemeine Fürsorge für Arbeitslose entworfen. Der Entwurf wurde einer als Vertreter der Regierung, der Regierungsrat und der Arbeit geöffnete Kommission übertragen, welche endgültig formuliert und dann den Gewerken als Grundlage für die von ihnen zu schaffenden Fürsorgeeinrichtungen akzeptiert. Gleichzeitig hat der Vorstand der Verantwortungsfürsorge seine „Geschäfte für Förderung der Arbeitslosigkeit während des Krieges“ vom Oktober 1914 fortgeführt und erweiterte Grundlage für eine Kriegsgeraltenfürsorge vorbereitet.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit will die Verantwortungsspitze der Gewerkschaftsvereine übernehmen. Die Gewerkschaftsvereine zur Erhaltung der Beschäftigung zur Verhinderung der Gewerkschaften, Bergmannsvereinen und den Bergwerken sollen für den Betrieb der Gewerkschaften das Geld je 3% Prozent erhalten, für die Ausübung von Notfallsunterstützung soll es nur je 5 Prozent geben. So gegeben werden. Da solchen Notfallsunterstützung will die Verantwortungsspitze einen Beitrag ergehen, der nach dem auf-

gewendeten Arbeitslosen bemessen wird und 10 bis 15 Prozent der Zölle beitragen soll. Bedingung ist, daß die bei den Zollabgaben gezahlten Zölle für berberische Arbeiter mindestens 80 Prozent, für ledige mindestens 60 Prozent des gesetzlichen Zollsatzes beladen. Die Einstellung der Arbeiter soll darüber ein öffentlicher Arbeitsnachweis bestehen, durch diesen erfolgen. Die Versicherungsanstalt will außerdem den Gemeinden und Unterkörpern, die eine Kriegsarbeitsschule für sorgfältig eingerichtet haben, 40 Prozent der seit dem 1. November 1914 geleisteten Untersuchungen erstatten. Die Erstattung ist jedoch an Bedingungen gebunden. Zugleich muss die Arbeitslosenunterstützung gewährt werden ohne Rücksicht darauf, ob der Arbeiterstolz einer Person für seine Arbeitsschule angehört. Lediglich sollen nach Möglichkeit statt Geld Sachleistungen erhalten. Kleineren Grund- und Kapitalbedarf soll kein Grund für den Entzug der Unterstützung sein. Die Unterstützung soll für eine Woche mindestens das Doppelte des üblichen Zollsatzes betragen. Zugleich von Gewerkschaften dürfen nicht in einem Monat mehr als 100000 Mark für die Arbeitslosenunterstützung gewährt werden.

Die eigentlichen Grundsätze für eine Kriegsarbeitsschulversorgung, die den Gemeinden Anleitung für die Gestaltung solcher Einrichtungen geben sollen, umgreifen einleitend den Kreis der zu unterstützenden Personen. Es heißt da, daß alle bisher erwerbstüchtigen Personen, die infolge des Krieges erwerblos und unterbeschäftigt geworden sind, vor allem männliche und weibliche Arbeiter, Angehörige, Dienstboten sowie minderbehinderte Gewerke, welche aller Art für die Fürsorge in Betracht kommen. Ein Rechtsanspruch auf Unterstützung besteht nicht, die gewährte Unterstützung gilt nicht als Armenunterstützung. Familien oder Personen, die schon vor dem Kriege ganz oder überwiegend aus Armenmitteln erhalten werden müssen, sind von der Fürsorge ausgeschlossen. ebenso solche Personen, die noch nicht drei Monate in der Gemeinde wohnen oder sich weigern, geeignete Arbeit, die ihnen — wenn auch außerhalb des Ortes und Berufs — zu angemessenem Lohn angeboten wird, anzunehmen. Die Höhe der Unterstützung bestimmen die Gemeinden. Als Regelgröße ist die Woche werden in Vorschlag gebracht:

Bei einer alleinstehenden weiblichen Person	9 M.
männlichen	10 "
Familie aus 2 Köpfen	14 "
" " 3 "	16 "
" " 4 "	18 "
" " 5 "	20 "
" " 6 "	22 "
" " 7 "	24 "
" " 8 "	26 "
10 und mehr Köpfen	30 "

Diese Regelzahlen sollen mit zunehmender Kriegsteilnahme von Zeit zu Zeit nachgeprüft werden. Lebendig sollen an Stelle der Geldleistungen künftig Sachleistungen (Sperling, Lebensmittel, Brennstoffe, Beherbergung u. a.) gereicht werden. Für die Erlangung der Unterstützung ist eine Wartezeit von sieben Tagen vorgesehen. Bei Erwerbslosigkeit ist nicht als Arbeitslosenunterstützung, sondern als Heeresdienst auscheiden oder als Kriegsangehörige heimkehren, kommt die Wartezeit in Vergleich.

Für die Kriegsarbeitsschulversorgung hat die Versicherungsanstalt zunächst 250 000 Mark zur Verfügung gestellt. Von dieser Summe erhalten diejenigen Krankenkassen und Fürsorgeeinrichtungen, die den Familien bedürftiger Kriegsteilnehmer und erwerbloser Arbeiter Unterstützung gewähren, einen Teil ihrer Ausgaben erstattet. Ferner enthalten die Grundsätze für die Erwerbslosenfürsorge Zusatzbestimmungen über die Kriegskrankenfürsorge für Erwerbslose. Die Grundlage für diese Krankenfürsorge wird dadurch geschaffen, daß alle Krankenkassenmitglieder, die erwerblos werden, verpflichtet sind, sich bei ihrer Krankenkasse mindestens in der zweiten Wohnstätte weiterzuversichern. In diesem Maße erhalten sie die Versicherungsschutz der zweiten Wohnstätte erzeigt. Weil die Weiterverbreitung unterläßt, hat keinen Anspruch auf Krankenfürsorge. Krankengeldbezüge werden auf die der Familie gerechte Erwerbslosenunterstützung nach Abgabe der zweiten Wohnstätte voll angerechnet. Soweit die Leistungen der Krankenkassen, insbesondere ihre Familienfürsorge, geringer ist, tritt die Erwerbslosenkrankenfürsorge ergänzend ein.

Den gegen Krankheit nicht versicherten Erwerbslosen und ihren Familien werden auf Kosten der Gemeinde folgende Leistungen gewährt:

Freie ärztliche Behandlung und Versorgung mit Arznei sowie Stärkungsmittel, ferner ein Sierbegeld, das beim Tode eines Kindes unter 14 Jahren 30 M., beim Tode eines Kindes über 14 Jahre oder eines einwandernden Angehörigen 45 M., beim Tode des Haushaltungsvorstandes oder seiner Ehefrau 60 M. beträgt. Außerdem wird, wenn notwendig, Krankenhausversorgung gewährt. Wochnerinnen erhalten Wochenhilfe, bestehend in freier Behandlung durch Hebammme und Arzt, Versorgung mit der erforderlichen Arznei bei der Niederkunft und bei Schwangerschaftsbeschwerden. Ferner ein tägliches Wochengeld von 50 Pf. bis zur Dauer von sechs Wochen und ein Stillgeld von 25 Pf. bis zur Dauer von zehn Wochen.

So weit die Grundzüge. Selbst bei kritischer Betrachtung wird man zugestehen müssen, daß die Verfasser viel soziales Verständnis gezeigt und sich von übergrößer Engstiligkeit freigehalten haben. Dieser besteht jedoch gar kein Zwang für die Gemeinden, daß sie solche Fürsorgeeinrichtungen schaffen, noch daß sie es tun, die Grundzüge in allen Punkten beachten müssen. Innerlich ist zu erwarten, daß die Herausgabe dieser Grundsätze die Schaffung gemeindlicher Fürsorgeeinrichtungen fördert und erleichtert. Vor allem ist das von der materiellen Beispiele der Versicherungsanstalt zu erwarten, die den Anfang der Gemeinden wesentlich vertont. Die gewerkschaftlichen Organisationen werden jedenfalls überall und mit allen Mitteln, die zu ihrer Verstärkung dienen, dafür sorgen, daß solche Kriegsfürsorgeeinrichtungen geschaffen und — vor allem die Arbeitslosenfürsorge — in die Zeit nach dem Kriege hineingetragen werden.

Gewerkschaftspresse und Ernährungsfragen.

Mit dem Verlusten der Gewerkschaften, besonders mit der Sichtung der Gewerkschaftspresse, beschäftigt sich eine halbmäßige Korrespondenz in einer Zeitung an die Presse. Es heißt darin:

„Die freien Gewerkschaften, deren Stellung und Bedeutung noch unmittelbar vor dem Kriege darüber umstritten war, haben sich in dem Kampfjahr, das hinter uns liegt, als nützliche und wertvolle, ja in gewissem Sinne unentbehrliche Organe des nationalen Wirtschafts- und Gemeinschaftslebens erwähnt. Sie haben das Vertrauen in die vaterländische Zuverlässigkeit und Überbereitschaft des deutschen Arbeiters voll ausgereichert, die Politik des 4. August, die Politik des vorbehalt- und bindungsfreien Hingangs an das kämpfende Vaterland auch gegen vereinzelt Widerstände aus ihren nebstehenden Kreisen entschlossen vertreten, in ihrer Versammlungsfähigkeit und in ihrer Presse den nationalen Geist, den Willen zum Durchhalten gepflegt. Sie haben auf den Gebieten der Kriegswirtschafts- und Kriegszielpolitik zahlreiche Unregelmäßigkeiten, von denen ein Teil verwirkt werden konnte, haben Militärmänner und Bürgersöhnen ihre — meist gern angenommene — beratende und vermittelnde Mitarbeit zur Verfügung gestellt. In diesem hochstehenden Gewerkschaften sind nicht bloß die freien, sondern in gleicher Weise die örtlichen und die Hoch-Dienstlichen Gewerkschaften tätig gewesen — ebenso die verschiedenen Richtungen der demokratischen Arbeiterbewegung. Die Anerkennung der Nation für die patriotische Leistung der organisierten Arbeiterschaft ist wiederholt vom Regierungsrat ausgesprochen worden.“

Eine besonders große und wichtige Aufgabe fällt den Gewerkschaften an dem Gebiete des Ernährungswesens. Die Gewerkschaftsvereine, die Gewerkschaftsblätter besitzen entscheidenden Einfluß auf erhebliche Massen der städtischen Bevölkerung. Von Seiten ihrer Darlegungen und Ausführungen entstehen einigermaßen über die Menge oder die Verantwortlichkeit der Gewerkschaften auf dem Lebensmittelmarkt zu berücksichtigen. Natürlich niemand davon, den Gewerkschaftsorganen zuzutrauen, daß sie nach ihrer Ansicht nötige Kritik verfügen. Aber auf der andern Seite

Verhandlung mit der Arbeiterschaft ab und beschlossen die Aussperrung der organisierten Arbeiterschaft. Eine tarifliche Regelung der Löhne der Hilfsarbeiter und Arbeiterschaft lehnten die Unternehmer grundsätzlich ab. Einige recht eigenartigen Begriffe eidgenössischer Treue legten die Unternehmer in St. Gallen ab, die ihre Arbeiter auspeiteten, trotzdem der Tarif noch bis Juli 1916 Gültigkeit hat.

Wir bitten alle in Deutschland lebenden Papierarbeiter schweizerischer Abstammung um unjre Berichtsstellen aus den übrigen neutralen Staaten, bei Arbeitsangeboten für die Schweizer Papierindustrie recht vorsichtig zu sein und unsren Schweizer Berichtsstellen nicht als Stellbrecher in den Händen zu fallen. Bei Arbeitsangeboten nach der Schweiz bitten wir erst Erklärung einzulegen zu wollen bei dem Sekretär unsres Schweizer Brüderverbandes H. Böhl, Bülich 5, Langstrasse 218, um vor Enttäuschungen bewahrt zu bleiben.

Mitgliederzahlen der Gewerkschaften zurückzugehen müssen, so wurde die Frage erörtert, inwieweit die Gewerkschaften bereit seien, den Sekretariaten auch jenseitn dieser Hilfe zu gewährleisten. So sehr die Notwendigkeit hierzu auch anerkannt wurde, so wurde doch allgemein dabei dem dringenden Wunsche Ausdruck gegeben, daß Beitrags erhöhungen zu vermeiden seien, und daß die Generalkommision sich bei solchen Unterschätzungen der größten Sparfamilie und strengsten Vorprüfung der Notwendigkeit von Unterschätzungen sowie der Kontrolle über die Verwendung der gewährten Gehilfen befestigen müsse.

Die Aufrechnung der gewerkschaftlichen Krankenversicherung auf das Krankengeld seitens mancher Krankenstellen veranlaßte die Gewerkschaftsvorstände zu einer Stellungnahme gegenüber dieser vom Reichsversicherungsamt als zulässig erkannten Praxis. Der Konferenz wurde eine Anzahl von statutarischen Haftungen über die Gewährung von Krankenunterstützung unterbreitet, die ihren Zweck mehr oder weniger erfüllen, und den Vorständen antheingegangen, bei künftigen Satzungsänderungen eine dieser Haftungen zu verordnen.

Im weiteren wurde der Beschluß der Vorstandskonferenz vom 17. August 1914, wonach während des Krieges Übertritte von Mitgliedern nicht zugelassen und Nebenschreibungen nicht vorgenommen werden sollen, durch die Annahme folgender Sätze erweitert:

"Mitglieder, die in einem für ihren Verband nicht zuständigen Betrieb arbeiten wollen, sind verpflichtet, sich vor Annahme einer Arbeitsstelle über die Arbeitsverhältnisse zu erkundigen und die zur Hebung dieser getroffenen Maßnahmen zu beherzigen."

Die für den Betrieb zuständige Organisation soll die betriebsfremden Arbeiter zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen ihrem Verband gegenüber halten.

Der Beschluß vom 17. August 1914 betreffend der Übertritte wird aufrechterhalten.

Eine Abweichung von diesem Beschuße hat eine Verständigung unter den in Betracht kommenden Verbandsvorständen zur Voraussetzung. Diese werden zur sachlichen Prüfung der für den Übertritt maßgebenden Gründe verpflichtet."

Eine Aussprache über die Möglichkeit der Fortdauer der Arbeitsgemeinschaften zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsräten über den Krieg hinaus ergab das allseitige Einverständnis, in allen gemeinsamen Arbeiterfragen, so wie dies während des Krieges geschehen, auch nach dem Krieg mit den übrigen Gewerkschaftsgruppen zusammenzuwirken, sonst eine Verständigung mit ihnen möglich ist.

Schließlich wurden noch eine Reihe von Einzelfragen, wie der Betrieb der Generalkommision aus Anlaß ihres fünfzigjährigen Jubiläums herausgegebenen Erinnerungsschrift durch die Gewerkschaften, die Wiedereinstellung kriegsbeschädigter Gewerkschaftsangehöriger und die Kriegsstatistik der Gewerkschaften erledigt.

In der folgenden Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erhebung aus den berichtenden Bahnhöfen, sondern diejenigen, die mir voraussichtlich erhalten würden, wenn alle Bahnhöfe einen Bericht erstattet hätten, zusammengestellt. Es sind also nicht ermittelte, sondern errechnete Ergebnisse, die jedoch der Wirklichkeit ziemlich genau entsprechen dürften, weil der Bruchteil der Mitglieder, für die Berichte nicht eingesandt werden, sehr viel kleiner ist als der, für den berichtet wird.

Die nicht berichtet haben, ein ebenso großer Bruchteil der Mitglieder verloren gegangen ist, so erhalten wir einen Gesamtverlust von 25 000. Das wird jedoch zu günstig gerechnet sein. Denn in den Bahnhöfen, die berichten, funktioniert ohne Frage der ganze Verwaltungsaufwand besser als in denen, die nicht oder doch nur ausnahmsweise Bericht erstatten. Infolgedessen ist voraussichtlich auch der Mitgliederverlust in den berichtenden Bahnhöfen geringer. Wo der ganze Organisationsapparat funktioniert, ist nicht nur der Zuwachs an neuen Mitgliedern größer, sondern auch der Abgang von Mitgliedern geringer als in solchen, wo die Verbandsgeschäfte ungünstig erlebt werden, die Agitation mangelhaft betrieben wird. Man wird also den Gesamtverlust etwas höher ansehen müssen, als eine einfache Übertragung der errechneten Zahlen ergibt. Schließlich wird er jedoch nicht sein. Erfreulich ist vor allem, daß die Verluste im letzten Halbjahr verhältnismäßig sehr gering sind, jedenfalls ist der Abgang von Mitgliedern zurzeit weit geringer als in Friedenszeiten. Daß wir trotzdem keinen Zuwachs oder gar noch geringe Verluste haben, ist ausschließlich darauf zurückzuführen, daß der Zustrom neuer Mitglieder versiegte, was zwar bedauerlich, aber durchaus erklärbare ist.

Die Arbeitslosigkeit ist noch immer sehr gering. In den berichtenden Bahnhöfen waren am 20. November 140 männliche und 457 weibliche zusammen 597 Mitglieder arbeitslos. Vom Hundert sind das 0,2 bei den männlichen, 2,6 bei den weiblichen und 0,7 bei allen Mitgliedern. Erwerbsfähig waren 947 männliche und 290 weibliche, zusammen 1237 Mitglieder. Vom Hundert sind das 1,5 bei den männlichen wie bei den weiblichen Mitgliedern. Der Strahlstand schwankt je nach Statistik nur um einen geringen Bruchteil von einem Hundertstel.

In der folgenden Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erhebung aus den berichtenden Bahnhöfen, sondern diejenigen, die mir voraussichtlich erhalten würden, wenn alle Bahnhöfe einen Bericht erstattet hätten, zusammengestellt. Es sind also nicht ermittelte, sondern errechnete Ergebnisse, die jedoch der Wirklichkeit ziemlich genau entsprechen dürften, weil der Bruchteil der Mitglieder, für die Berichte nicht eingesandt werden, sehr viel kleiner ist als der, für den berichtet wird.

Berichtstag	Arbeitslos		Zum Kriegsdienst eingezogen	
	insgesamt	von je 100 Mitgliedern	insgesamt	von je 100 Mitgliedern
8. August	17 663	8,5	34 388	19,2
5. September	23 788	11,5	44 429	24,6
3. Oktober	17 529	8,3	48 875	26,4
7. November	9 233	6,3	51 561	28,4
5. Dezember	6 966	5,0	54 428	30,0
2. Januar	6 580	4,8	57 170	31,4
6. Februar	5 340	4,1	60 089	33,2
6. März	3 450	2,7	65 045	35,7
3. April	2 810	2,0	68 458	37,7
1. Mai	1 321	1,2	71 883	39,4
5. Juni	990	0,9	75 692	41,9
3. Juli	919	0,9	78 584	43,5
7. August	802	0,8	81 257	45,0
4. September	828	0,8	83 412	45,8
2. Oktober	692	0,7	85 878	47,6
6. November	632	0,7	88 579	48,9
13.	649	0,7	88 906	49,0
20.	698	0,7	90 257	49,7

Verbandsnachrichten.

Den Ortsverwaltungen hierdurch zur Kenntnis, daß in diesem Jahre kein Markenwechsel vorgenommen wird. Die 1915 veränderten Markensorten gelten auch für 1916.

Zur Beachtung für die Bevollmächtigten.

Die Aussteller der Bücher (auch für Übertretende) werden erachtet, auf den vollen Büchern oder Karten die Nummer des neuausgegebenen Buches anzuschreiben. Dadurch wird der Bahnhof das Ordnen und Nachsuchen, der Hauptstelle das Kontrollieren und Eintragen in die Kartotek wesentlich erleichtert, bei Verlust einer Mitgliederliste ein Nachweis oft erst ermöglicht.

Die vollen Bücher und Karten sind mit den dazugehörenden Listen immer so schnell als möglich einzutragen.

Vom 23. November an gingen bei der Hauptstelle folgende Beiträge ein:

Stettin 750,— Düsseldorf 152,63. Weißensee 100,— Sulzau 5,55

An Versicherungsbeiträgen gingen ein:

Stettin 100,30. Heidenheim 10,— Cottbus 1,75. Plauen 1,75. Grund 93,— Barch 5,90. Memel 9,05. Görlitz 14,50.

Ergebnis: Montag, den 29. November, mittags 12 Uhr.

Fr. Bruns. Kassierer.

Verlorene und für ungültig erklärt Mitgliedsbücher und -Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingerichtet in
519 069	Hildegarde Schmidt	16. 9. 1881	24. 7. 1907	München
467 102	Heinrich Behrens	15. 11. 1879	18. 11. 1906	Schüttorf
535 266	Hans Rathloff	22. 7. 1892	10. 3. 1912	Großbom

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Gau Dresden. Gauleiter Kowalewski eingezogen. Vertreter: Paul Arlt. Görlitz, Luisenstraße 8.

Gau Erfurt. Vertreter: Gottfried Brandel, Sonnenberg, Schulungstraße 6, 3. Et.

Bonn. Peter Becker, Trierer Straße 56.

Breslau. Grohmann eingezogen; Vertreter: Hermann Bunte; Bureau: Margaretenstraße 17, 2. Et.

Gräfenhain. Hans Rathloff, Präsidentische Straße 28.

Glückstadt. Meyer eingezogen. Max Bögl, Marienstraße 1, 3. Et.

Lübeck. Frau Hartel, Sauerstraße 81. Max Bögl, Wallstraße 1.

Lübeck. Thiele und Hagen eingezogen. Fritz Buchweiser, Pollerstraße 9.

Meldorf. Bernhard Faber, Ammerswurth, Friedrichshöher Straße.

Nienburg a. d. Orla. Schmidt eingezogen. Louis Glück, Friedhofstraße 2.

Strelitz. Gohl eingezogen. Johann Vollmann, Fürstenberger Straße.

Wittenberg. Schmitz eingezogen. August Horn, Lange Straße 6. Karl Weber, Georgstraße 19.

Unser Verband in der 6s. Kriegswoche.

Für die Woche vom 15. bis 21. November haben 318 Bahnhöfe berichtet gegen 291 in der Vorwoche. Die Mitgliederzahl in diesen Bahnhöfen und die Veränderung im Mitgliederstande ist aus folgender Gegenübersstellung ersichtlich:

	Wochenende 1914	Wochenende 1915
Mitglieder am 1. August 1914	153 802	22 653
- 21. November 1915	62 281	17 801
Summe am 21. November 1915 weniger	93 521	4 852
Differenz zum Kriegsende einschlägig	77 399	—
Differenz militärischer Verlust	16 122	4 852
	17 455	20 974

Der Verlust von rund 21 000 Mitgliedern entspricht einem Prozentsatz von 11,8. Nach dem Geschlecht getrennt, ergeben sich erhebliche Unterschiede. Von je 100 männlichen Mitgliedern sind nämlich — abgesehen von den zum Kriegsdienst eingezogenen — nur 10,4, von je 100 weiblichen dagegen 21,4 Mitglieder als Verlust zu buchen. Überzeugen wir die unmittelbaren Zahlen auf den ganzen Verband, d. h. nehmen wir an, daß in den Bahnhöfen,